

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 10 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1 Pfennig. Nach auswärts Portopostlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die schlagzeilige Preisliste folgt 0 Pfennig, die Restamezille 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Senrprediker: Amt Birkenwerder Nr. 5
Kleinig als amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 100 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs

Nr. 12. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Dienstag, den 20. Januar 1925 Postfach-Konto Berlin 62448. 24. Jahrg.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:
Umtausch von Karten der Angestelltenversicherung.
Die seit dem 1. Januar 1923 in Gebrauch befindlichen grünen Versicherungskarten sind bei der Ausgabestelle der Angestelltenversicherung (hier im Geschäftsraum 10) umzutauschen, wenn die Kartenfelder gefüllt sind, spätestens aber 3 Jahre nach der Ausstellung. Die alten, gelben Karten dürfen seit dem 1. Januar 1923 nicht mehr verwendet werden. Bei der Neuausstellung von Versicherungskarten für solche Angestellten, für die schon vor dem 1. 1. 23 Beiträge entrichtet worden sind, ist ein Wohnungsnachweisformular auszufüllen, das in der Ausgabestelle vorräthig gehalten werden. Krankheitszeiten sind durch Entlassungsbekanntgaben nachzuweisen.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:
Gemeinde-Vereins-Sitzung.

Am Montag, den 19. Januar d. Js., nachmittags 7 1/2 Uhr, findet in dem Sitzungssaal, Berliner Straße 39, eine Sitzung der Gemeinde-Vereinsleitung statt.

- Die Herren Schöffen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Bemerkten ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich dem gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.
- Tagungsordnung:**
1. A. Offentlich.
1. Neuwahl der Geschäftsleiter-Vereinsleiter für die Gaswert-Niederbarnim-Bez. G. m. b. H.
 2. Mitteilung über den Stand der Grundfrage.
 3. Forderung der Wohnungszwangswirtschaft.
 4. Klärung des Vertragsverhältnisses mit der Neuen Boden-AG.
 5. Aufhebung der Polizeiverordnung über Befreiung der Fahrgeschwindigkeit.
 6. B. Nichtöffentlich.
Grundstücksachen.

Was gibt es Neues.

Staatssekretär Trendelenburg ist zu neuen Verhandlungen mit der Reichsregierung nach Berlin gereist. Das Reichsjustizministerium wurde dem Oberlandesgerichtspräsidenten Freund übergeben, der dem Zentrum nahesteht.

Zum Staatssekretär in der Reichsfinanzlei wurde Ministerialdirektor Dr. Franz Kempner, zum Reichsprofessor der Ministerialrat Dr. Otto Kies ernannt.

Zu der im Sommer oder Herbst stattfindenden zweiten Abrüstungskonferenz soll auch Deutschland eingeladen werden.

In Schanghai wurden zum Schutze des Europäer-Quartiers englische, amerikanische, italienische, französische und japanische Truppenabteilungen gelandet.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages beschloß, das deutsch-polnische Optionsabkommen dem Plenum des Reichstages zu empfehlen.

Die schlagzeilige Entlassung Münchweiser, wo der Sozialistenführer Helldach im Streit einen Einwohner erschoss, hat eine „Strafbelassung“ erhalten.

Heute wird das Kabinett vollständig.
Die Bemühungen des Reichskanzlers Dr. Luther um Vervollständigung seines Kabinetts haben am gestrigen Sonntag wesentliche Fortschritte gemacht, so daß heute mit der Ernennung des Reichsfinanzministers bestimmt geredet werden kann. Damit wäre das Kabinett komplett und würde in der Reichstags-Sitzung heute abend dem Parlament vorgestellt werden mit der gleichzeitigen Abgabe der noch unklaren Reichsrechnungsmittel.

Eine Besprechung des noch unklaren Reichsrechnungsmittel wird voraussichtlich nicht erfolgen, da von verschiedenen Seiten für eine Zulammenlegung dieses Ministeriums mit einem anderen Parteistruktur, ähnlich wie es bereits mit dem für die letzten Jahre gefassten ist, plädiert wird.

Ueber die als Reichsfinanzminister in Aussicht genommene Persönlichkeit verläuft an parlamentarischen Kreisen, daß der Kanzler vermutlich den früheren preussischen Finanzminister und jetzigen Vorsitzenden des Reichsrechnungshofes, des Sparkassenraters Samelisch, erneut auffordern wird, dieses Amt zu übernehmen. Herr Samelisch war bekanntlich bereits vor einigen Tagen für diesen Posten in Aussicht genommen, hatte sich aber zunächst nicht zum Eintritt in die Regierung entschließen können.

Gorgang der Pariser Verhandlungen.
Paris, 18. Januar. Die Morgenpresse, die gestern aus nicht ganz ernstlichen Gründen von dem bevorstehenden Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen hat, obwohl sie weißte, daß Handelsminister Reynoldy der deutschen Wirtschafts-Delegation schriftliche Vorschläge zur Prüfung überreichen würde, erklärte heute, gestützt auf die Unterkommissionen der beiden Delegationen, die Frage der Errichtung deutscher Konsulate in Frankreich besprochen, was ein Beweis dafür sei, daß man deutsch-französisch weiter verhandeln wolle.

Französischer Protest gegen Moskau.
Paris, 18. Januar. Havas berichtigt amtlich, Ministerpräsident Herriot habe den französischen Botschafter bei der Regierung der Sowjetrepublik in Moskau, Jean Herbet, beauftragt, gegen die Rede des Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, Rjzkoff, die dieser auf einem Kongreß gehalten hat, zu protestieren. In dieser Rede soll Rjzkoff die Weisheit der Rückzahlungen von dem Frankreich Ausland gewanderten Anleihen bestritten haben, indem er ihr einen imperialistischen Charakter beimislt.

Das Wahlergebnis von Lippé.
Detmold, 18. Januar. Das Endergebnis der lippischen Landtagswahlen ist folgendes: Es erhielten Sozialdemokraten 8 Mandate, Deutschnationalen 6 Mandate, Deutsche Volkspartei und Zentrum je 3 Mandate, Christlicher Gewerksverein 1 Mandat, Kommunisten 1 Mandat, Demokraten 1 Mandat, Wirtschaftsvereinigung 1 Mandat. Insgesamt 21 Mandate.

Krupp baut Tanks für Spanien.
Die spanische Armeeleitung hat den Auftrag für den Bau einer Serie von Tanks gegeben, die 30 Mann und 8 Maschinengewehre aufnehmen können. Die Tanks sollen von den Kruppwerken in Spanien gebaut werden.

Geheimnisse der Entente.

Aus der von dem Pariser Chefredakteur Judel besorgten weiteren Veröffentlichung von Aufzeichnungen des verstorbenen französischen Botschafters Louis in Petersburg ergibt sich, daß die Entente cordiale keineswegs zu allen Zeiten eine wirkliche Freundschaft zwischen Frankreich und England gewesen ist, denn es ist den Franzosen gar nicht darauf angekommen, in Gemeinschaft mit Rußland England über das Ohr haufen zu wollen. Nach dem jetzt bekanntgegebenen Aufzeichnungen hatte der russische Minister des Auswärtigen und spätere Botschafter in Paris, Iswolski, als Ursache für den Weltkrieg zunächst die Annexion von Konstantinopel durch Rußland in Aussicht genommen, und Poincaré war damit einverstanden. Dieser Plan war vor England von seinen Freunden in Paris und in London sorgfältig geheim gehalten worden, und die Londoner Regierung würde sich auch kaum sofort damit einverstanden erklärt haben. Später ist dann allerdings die Besetzung der türkischen Hauptstadt von der Entente zugestanden worden, wofür dann England anderweitige Kompensationen erhalten sollte.

Iswolski, in dessen geistigen Bann Poincaré nach und nach vollständig geraten war, brauchte ewig Geld, nahm es von jedem, von dem er es bekommen konnte, und kannte irgend welche Strupel überhaupt nicht. Sein persönlicher Grund für seine Kriegstreibereien war natürlich dies stete Geldbedürfnis, und er hatte in Petersburg eine Reihe von Hintermännern, die von derselben Triebfeder geleitet wurden. Den eifigen Poincaré für alle diese Kriegsgedanken zu gewinnen, war nicht schwer, er wurde so behandelt, daß er sich einbilden konnte, der leitende Geist in diesem Intrigenpiel zu sein, während er doch nur ein Werkzeug darstellte. Das war aber gerade das gefährliche bei diesem Mann, den sein Ehrgeiz und selbstgünstiger Charakter nicht zum Verzicht auf die ungeheuren Verantwortlichkeiten kommen ließ, die er mit seinen Bestrebungen auf sich lud.

Daß Rußland sich in den Besitz von Konstantinopel setzen wollte, seitdem es den Krieg im fernsten Osten gegen Japan verloren hatte, ist auch in Berlin nicht unbekannt geblieben. Es ist sogar angebeutet worden, die deutsche Regierung habe 1912 nach Petersburg mitteilen lassen, sie werde gegen eine russische Besetzung der türkischen Hauptstadt keinen Widerspruch erheben, wenn dem Sultan sein unabhängiges Gebiet in Asien garantiert würde. Dieser angebliche deutsche Vorschlag soll aber an der Weva abgelehnt worden sein, was nicht wunder kann, da zu jener Zeit das Abkommen mit Frankreich bereits bestand, und Iswolski bei einer feindseligen Verständigung Rußlands mit Deutschland auch auf keinen goldenen Fischzug rechnen konnte. So werden die Akten, die bisher noch in der Vorgehichte des Krieges bestanden, durch die neuesten Enttarnungen mehr und mehr ausgefüllt.

Diese Beweise für die Kriegsschuld von Poincaré und Iswolski fallen um so schwerer ins Gewicht, als es nicht an Warnungen von berufener Seite gefehlt hat, daß die von den beiden Männern betriebene Politik zu einem großen Kriege führen müsse. Der Botschafter Louis hat seine Regierung in Paris unablässig vor den gefährlichen Entfälscherungen Iswolskis gewarnt, aber die Folge dieser Mahnungen ist nur die gewesen, daß der besonnene französische Delegierte seines Amtes entbunden wurde. Poincaré kann also nicht mehr sagen, daß seine Politik eine friedliche und von Deutschland erst das kriegerische Moment hineingetragen worden sei. Botschafter Louis hat unumwunden ausgesprochen, Poincaré und Iswolski, das ist der Krieg.

Auf dem toten Punkt.

Neue Schwierigkeiten in den Pariser Wirtschaftsverhandlungen.
Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris sind wieder einmal auf dem toten Punkt angelangt. Die französische Delegation mit Handels-

minister Reynoldy an der Spitze lehnte die von deutscher Seite überreichten Vorschläge grundsätzlich ab und erklärte, daß sie sich von ihrem zuletzt eingenommenen Standpunkte nicht entfernen könne. Danach wird Deutschland für eine lange Liebergangszeit, wahrscheinlich bis 1. Dezember d. J., in den französischen Vorschlägen unterschiedlich behandelt.

Wie der amtliche französische Bericht mitteilt, haben sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Tariffrage ergeben, da die deutsche Delegation für die gesamten deutschen Erzeugnisse den Mindesttarif oder in beiden Fällen einen mit den gegenwärtigen Zolltarifen übereinstimmenden Mindesttarif beantragt, der im Einverständnis mit ihr eingeführt werden soll. Die französische Delegation kann weder vom rechtlichen Standpunkte noch de facto wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die deutschen Forderungen annehmen. Wie von deutscher Seite erklärt wird, steht die jetzige Haltung der französischen Delegation in Widerspruch mit dem zuerst von ihr eingenommenen Standpunkt, da sich beide Parteien im ersten Stadium unterschiedlicher Protokolle vom 12. Dezember v. J. die gegenseitige Meißbegünstigung oder zum mindesten eine der Meißbegünstigung nachfolgende Zollbehandlung zugesichert haben.

Unterbrechung der Verhandlungen.
Infolge dieses neuen Zwischenfalls sah sich Staatssekretär Trendelenburg zu der Erklärung veranlaßt, daß er erst mit der neuen Reichsregierung Fühlung nehmen müsse, ehe er sich bindend erklären könne. Nach Pariser Mitteilungen hat sich Staatssekretär Trendelenburg eine viertägige Abwesenheit erbeten. Man rechnet in Paris bereits ernstlich mit einem nunmehr unvermeidlichen Abbruch der Verhandlungen.

Die Wirkung der deutschen Zölle.
Wie die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schreibt, hat man deutsch-französisch nach dem 10. Januar bei der Einfuhr aus dem Saargebiet usw. die tarifliche Zölle für Eisenerzeugnisse erhoben. Die Wirkungen machen sich in Frankreich bereits bemerkbar, indem die französischen Eisenerzeugnisse gedrungen werden sind, für Exportzwecke die Preise um etwa 10-15 Proz. zu senken.

Achtstundentag in der Schwerindustrie.

Der erste Beschluß des neuen Kabinetts
Die Reichsregierung hat ihre Tätigkeit aufgenommen und einen Beschluß gefaßt, der auf sozialpolitischem Gebiet sehr bedeutungsvoll ist. In einer Sitzung beschäftigte sie sich mit der Arbeitszeit in den Kokereien und Hochofenwerken.

Das Kabinett verbannt in keiner Weise die Schwierigkeiten, die der Industrie aus einer teilweisen Rückkehr zum Dreischicht-System gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt erwachsen, hielt jedoch die sozialpolitische Bedeutung der Frage für so schwerwiegend, daß es gleichwohl einstimmig dem Antrag des Reichsarbeitsministers beirat, den Schluß des Par. 7 der Arbeitszeitverordnung auf Kokereien und Hochofenwerke zu erstrecken.

Mit diesem Beschluß ist einer Forderung der Arbeiterchaft und der Gewerkschaften entsprochen.
Als Termin für das Inkrafttreten der Verordnung ist der 1. April 1925 festgesetzt worden, um den Vertrieben für die Umstellung Zeit zu lassen. Ein wesentlicher Teil des Reichswirtschaftsrats hatte die Einführung des Dreischicht-Systems erst für einen erheblich späteren Zeitpunkt vorgeschlagen.

Die Barmat-Untersuchung.

Vor der Berechnung des Ministers Höfle.
Die Untersuchung gegen die Hauptbeteiligten im Falle Barmat ist noch immer im Stadium der Berechnungen durch den Untersuchungsrichter. Augenblicklich findet noch immer die Berechnung des Ministerialdirektors a. D. Kauz statt, die voraussichtlich bis Dienstag beendet sein wird. Darauf soll über die Frage einer eventuellen Haftentlastung entschieden werden. Im Laufe dieser Woche soll voraussichtlich auch noch der bisherige Reichspostminister Höfle über die Kreditgeschäfte der Post mit den Barmats vernommen werden. Daneben sind die Sachverständigen der Staatsanwaltschaft nach wie vor mit der Feststellung beschäftigt, welchen Wert die vom Barmat-Konzern gegebenen Sicherheiten im Augenblick der Eingabe der Kredite durch die Staatsbank, Reichsbank, Odenburgerische Staatsbank,

Brandenburgische Grenz-Bezirk und Stadtschaft der Provinz Brandenburg geholt haben. Auch die in der Bildung begriffene Treuhänder-Gesellschaft ist noch nicht endgültig zustande gekommen.

Eine Erklärung der Sowjet-Handelsvertretung.

Die Berliner Sowjet-Handelsvertretung erklärt, daß niemals irgend welche Beziehungen zu den Brüdern Barmat bestanden haben. Frühere Versuche der Brüder Barmat, in geschäftliche Beziehungen zur russischen Handelsvertretung zu treten, wurden stets abgewiesen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in einem Falle die damals selbständige ukrainische Handelsvertretung zu Beginn ihrer Tätigkeit, als sie noch nicht über die im Besitze der russischen Handelsvertretung befindlichen Informationen verfügte, ein Geschäft auf Lieferung von Lebensmitteln nach der Ukraine mit dem zum Barmat-Konzern gehörenden „Amerima“ abgeschlossen hatte. Dieses Geschäft wurde aber auf Grund von Vorkellungen, die die russische Handelsvertretung damals sofort erhob, von der ukrainischen Handelsvertretung annulliert.

Eine Barmat-Anfrage im Reichstag.

Eine im Reichstag eingebrachte kleine Anfrage verlangt Auskunft über die Ministerialrat Wegg hinsichtlich an die Regierungspräsidenten in Danabrad, Münster und Düsseldorf nachsendendes Schreiben gerichtet habe:

„Die Familie des der holländischen Gesellschaft angehörigen Herrn Barmat, bestehend aus vier Erwachsenen und drei Kindern, reist von Russland über deutsches Gebiet nach Holland. In der Voraussetzung, daß die betreffenden Personen sich im Besitze ordnungsmäßiger Ausreisepapiere befinden, stehen ihrer Reise durch Preußen keine Bedenken entgegen. Ich erlaube mir, die Grenzüberwachungsstellen gefälligst sofort entsprechend zu verständigen und dafür zu sorgen, daß der Familie unter der bezeichneten Voraussetzung beim Grenzübertritt keine Schwierigkeiten bereitet werden.“

Im Auftrag: Wegg.

Es werden dann noch einige weitere Fragen daran geknüpft. Insbesondere wird gefragt, wer den Ministerialdirektor Wegg zu seinem Eingreifen veranlaßt und wer, der Wahrheit zum Trotz, Herrn Barmat als zur holländischen Gesellschaft gehörig bezeichnet hat.

Die Geldwirtschaft der Reichspost.

Einführung eines Untersuchungsausschusses.

Der neue Reichspostminister Stingi hatte bereits Gelegenheit, sich in seinem neuen Amte zu betätigen. Es geschah dies in einer Sitzung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost, in der über die Geldwirtschaft der Post beraten wurde. Minister Stingi hielt hierbei eine Begrüßungsansprache, in der unter Hinweis auf seine frühere Tätigkeit als Postminister er um das Vertrauen des Verwaltungsrats bat. Er betonte dann, daß sich die Entwicklung der Verwaltung erfreulich gestaltet habe. Dann fuhr er fort:

„Noch ist die Reichspost nicht über alle Berge hinweg und der finanziellen Sorge entgehen, sehr viel ist noch nachzuholen. Hohe Beträge werden noch aufgewendet werden müssen, um dem Regional eine seinen besonderen Aufgaben, seiner hohen Verantwortung und strengen Inanspruchnahme würdig gerecht werdende Versorgung zu geben. Und schließlich müssen nach und nach die Tarife, wo immer möglich eine Ermäßigung, eine entsprechende Anpassung an die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinteressenten, erfahren.“

Der Verwaltungsrat befaßte sich sodann eingehend mit den Fragen, die mit der Geldwirtschaft der Deutschen Reichspost zusammenhängen, im besonderen mit der Kreditgewährung durch die Deutsche Reichspost. Nach einer zusammenfassenden Darstellung des Ministerialdirektors Klauke über die allgemeine Geldwirtschaft und über den besonders gelagerten Einzelfall der

Kreditgewährung an den Barmat-Konzern

setzte der Verwaltungsrat einen Ausschuss ein, der im engeren Einklang mit der Postverwaltung und der Reichsbank die Kreditgeschäfte der Deutschen Reichspost im letzten Jahr nachprüfen und über das Ergebnis

Der tolle Hatzberg.

64] Originalroman von H. Conrath-Mahler.

Blommanns Zeitungsverlag, Berlin W. 66. 1921.

„Vorkünftig ist es für Sie vorbei mit dem Dreinschlagen, Herr Mittelmeister. Sie haben einen tüchtigen Dieb davongetragen, und müssen mindestens einige Wochen vom Kriegsschauplatz abtreten“, sagte der Arzt Hatzberg zornig zu den Stiern zusammen.

„Gerade jetzt, wo man jo gut im Zuge ist“, murmelte er.

„Da trat der Oberst ein. Er hatte Hatzberg gesucht und reichte ihm die Hand.“

„Wie geht es, Herr Mittelmeister?“

Hatzberg seufzte.

„Verteufelt schlecht, Herr Oberst. Dieser Medizinmann will mich auf Wochen aus der Front entfernen“, antwortete Hatzberg.

„Da werden Sie schon geborgen müssen, mein lieber Mittelmeister. Sie sind ja aber auch drauf losgerannt, daß den Franzosen Ohren und Sehen vergangen ist. Früher nannte man Sie den tollen Hatzberg — jetzt muß man Sie den klünnen Hatzberg nennen. Ich habe es ja immer gewußt — Schneid haben Sie für zehn. Nun dürfen Sie sich schon einige Ruhe gönnen.“

„Danach verlangt mich nicht, Herr Oberst. Ich sehe auch nicht ein, weshalb ich feiern soll. Mein rechter Arm ist gottlob noch völlig gesund.“

„Zum Reiten braucht man aber zwei Arme. Ich verlöre Sie ungenügend, mein lieber Hatzberg. Das weiß Gott. Sie haben Tüchtiges geleistet. Auf diesen Sieben danken wir zum großen Teile Ihnen. Doch jetzt müssen Sie schon dem Herrn Doktor parieren. Götter mit Ihnen — werden Sie schnell wieder gesund. Soffentlich bringen die Ärzte auch Tondern durch. Zwei meiner besten Offiziere muß ich heute hergeben und viele tapfer Kameraden sind gefallen — aber der Sieg ist Gott sei Dank unser!“

„Gott sei Dank, Herr Oberst.“

Der Oberst schüttelte Hatzberg noch einmal die gesunde Hand.

„... nächster Zeit berichten soll. Er beauftragte ferner den Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates in Verbindung mit dem Reichspostminister die Frage der Stellung des Verwaltungsrats zu prüfen und dem Verwaltungsrat möglichst bald Bericht zu erstatten.“

Gegen die Polonisierung Danzigs.

Erklärungen des Senatspräsidenten Dr. Sahn.

Im Danziger Volkstag nahm Senatspräsident Dr. Sahn bei der Erörterung des Haushaltsplanes Gelegenheit, eingehend die Briefkasten-Affäre zu erörtern, die in Danzig nach wie vor die Gemüter der Bevölkerung gewaltig erregt.

Dr. Sahn wiederholte die Erklärung des Senats, daß die Einrichtung eines polnischen Postdienstes in Danzig innerhalb des Gesamtbezirks der Stadt im Widerspruch steht zu den bestehenden Verträgen und rechtskräftigen Entscheidungen des Oberkommissars des Völkerbundes. Dr. Sahn betonte noch einmal, daß es sich hier nicht um die Briefkästen, sondern um den ganzen von Polen eingerichteten Postbetrieb handelt. Er rechtfertigte dokumentarisch das Verbot der polnischen Briefkästen und der polnischen Briefträger. Senatspräsident Dr. Sahn schloß seine Ausführungen folgendermaßen:

„Es gewinnt doch immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß es sich auf polnischer Seite um die Erreichung des Zieles handelt, Danzig mit einem Heer polnischer Beamten zu durchdringen. Der polnischen Eisenbahndirektion folgt jetzt die polnische Postdirektion. Dieser Grundgedanke kommt darin klar zum Ausdruck, daß jetzt zum erstenmal von offizieller polnischer Seite das Protektorat Polens über die Freie Stadt in Anspruch genommen wird. Die Freie Stadt Danzig, Völkervertrag und Senat lehnen dieses Protektorat entschieden ab, denn es findet in dem Vertrag von Versailles keine Stütze.“

Am Mussolinis Wahlreform.

Orlando und Giolitti als Oppositionsredner.

Die Wahlrechtsdebatte in der italienischen Kammer nahm einen sehr flürnissigen Verlauf. Als Orlando seine oppositionelle Tagesordnung begründete, wurde er mehrfach am Reden verhindert. Er warf dem Ministerpräsidenten vor, daß er das ganze Land entgelte lassen, was einzelne ihm angetan hätten. Garinacci begründete, daß die drei ehemaligen Ministerpräsidenten sich zusammengetan hätten, um das alte Italien zu begreifen, und hielt Giolitti vor, daß er die gegenwärtige Lage nicht verheide, was dieser mit Lachen bestritt.

Der Finanzminister de Stefani berichtete zwischen durch über das Ergebnis der Pariser Ministerkonferenz, deren größten Wert er darin sieht, daß jetzt die Kreditunion mit Amerika wieder hergestellt worden sei. Italien könne mit dem Ergebnis für sich zufrieden sein, da es ihm 100 Millionen Goldmark eingetragen habe und da die belgische Priorität keinen Einfluß auf die Zahlungen an Italien habe.

Giolitti gegen die Regierung.

Im weiteren Verlaufe der Debatte ergriff Giolitti das Wort und begründete sein „Nein“ bei der kommenden Abstimmung, abgesehen von den Gründen Orlando's, auch damit, daß die Einschränkung der Freiheit auf allen Gebieten der bürgerlichen Betätigung eine starke Erregung in den breiten Massen hervorgerufen hätte, die umso gefährlicher sein könne, als der Erfolg der Wahlen der Regierung ein unerschütterliches Sentiment verschließen und leicht ganz andere Formen annehmen könne.

Am das Kabinett Braun.

Aus dem Landtage.

— Berlin, 16. Januar.

Bevor das Haus in die Besprechung der Regierungserklärung eintritt, legt es zunächst die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses für die Barmatangelegenheit auf 29 fest. Dann begründet der kommunistische Abgeordnete die Kommunistische Mißtrauensanfrage. Er führt hierbei aus, daß reaktionärer als die jetzige unter sozialdemokratischer Flagge stehende Regierung keine andere sein könne.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) begründet hierauf den gleichfalls mit zur Besprechung verbundenen Antrag: „Da gemäß Art. 45 der Preussischen Verfassung bei Beginn der Tagung eines neu gewählten Landtags der Ministerpräsident neu zu wählen ist, befehligt der Landtag: Der weiteren Tätigkeit des Ministeriums Braun fehlt die verfassungsmäßige Grundlage.“

Dr. v. Campe sucht nachzuweisen, daß auf Grund des Verfassungsartikels 45 jeder neu gewählte Landtag das Staatsministerium neu zu wählen habe. Das gegenwärtige Kabinett des Justizministeriums sei wenig überzeugend. Das Verhalten des Ministerpräsidenten in der Kabinettsfrage gegen die Weiterbestehen der Kölner Zone mußte uns empören, denn im Ministerium hatte kein Parteigenosse, der Präsident, erklärt: „Ich stelle fest, daß es der Wunsch des Landtags ist, daß nur der Landtag hier zu Worte kommt. Ich werde beim Ministerpräsidenten davon Kenntnis geben und zweifle nicht daran, daß er diesem Wunsch entsprechen wird.“ (Acht, hört!) Wir haben drei Jahre lang aus voller Überzeugung die Politik der Großen Koalition getrieben, weil wir den Ausbau des neuen Staates nicht allein den Kräften überlassen wollten, die die Revolution gemacht haben. Wir wollen jetzt auch die ausbauenden Kräfte in der Deutschnationalen Volkspartei heranziehen. Wir werden auch in der neuen Koalition unsere Selbständigkeit wahren und stellen die Bedingung, daß die Verfassung anerkannt und gegen jeden gewaltsamen Angriff von links und rechts geschützt wird. Der Ministerpräsident hat in seiner Erklärung die Vertrauensfrage gestellt. Wenn kein Pressefach nachher diese Stelle anders auslegte, so müßte er zum Feibel gelangt werden. Unter der Monarchie legten auch bei jedem Thronwechsel die Minister ihre Ämter nieder. Jetzt ist an die Stelle des Monarchen der Landtag als oberste Gewalt getreten. Wir erwarten, daß der Ministerpräsident die Vertrauensfrage stellen und sich nicht mit einem abgelehnten Mißtrauensvotum begnügen wird. (Beifall rechts, Stimmen b. d. Soz.)

Ministerpräsident Braun wendet sich gegen die staatsrechtlichen Ausführungen des Abg. v. Campe. Der Verfassungskonflikt brauche nicht durch eine Neuwahl des Ministeriums gelöst zu werden, sondern für die Entscheidung solcher Fragen ist der Staatsgerichtshof zuständig. Solange der Landtag der Regierung nicht das Vertrauen entzogen hat, solange hat sie das verfassungsmäßige Vertrauen des Volkes. Zwischen dem Landtag als dem Ausdruck des Volkswillens und dem Monarchen als dem zufälligen Ergebnis eines natürlichen Ereignisses besteht schließlich doch ein Unterschied. Der Ministerpräsident geht dann auf die Vorgänge in der Kabinettsfrage gegen die Weiterbestehen der Kölner Zone ein und berichtet, ihm sei der Beschluß des Ministeriums nicht mitgeteilt worden. Er hätte auf diesen Beschluß geantwortet: Das mag die Meinung des Ministeriums gewesen sein, aber die preussische Staatsregierung kann sich in einer so wichtigen nationalen Frage den Mund nicht verbieten lassen. (Beifall b. d. Soz.) Die ganze Rede des Herrn v. Campe heute war ein Herumreden um das, was er nicht offen aussprechen wollte: Die Deutsche Volkspartei hat die Koalitionspolitik mitgemacht, solange sie ohne die Sozialdemokratie nicht regieren konnte. Jetzt, wo sie glaubt, die Sozialdemokratie nicht mehr nötig zu haben, will sie mit den Deutschnationalen zusammen regieren. Wenn wir auf unseren Posten bleiben, so handeln wir im Interesse unseres Landes und Volkes. (Beifall der Unparteiigen.)

Abg. Dirsch (Soz.) verurteilt das Vorgehen der Volkspartei bei der Kabinettsfrage gegen die Weiterbestehen der Kölner Zone.

Abg. Dr. Schmidt-Lichtenberg (Ztr.) erklärt, das Zentrum könne sich der von der Volkspartei gegebenen Auslegung des Verfassungsartikels nicht anschließen. In längeren staatsrechtlichen Ausführungen sucht er nachzuweisen, daß die Umbildung des Staatsministeriums nicht an die Dauer des Bestehens eines Landtages gebunden sei. Der Antrag der Volkspartei könnte dem Verfassungsausschuß überwiesen werden.

Hierauf schlägt der Präsident die Vertagung der weiteren Aussprache auf Dienstag, den 20. Januar, 11 Uhr vormittags, vor.

Schluß nach 6 Uhr.

Herr und Frau von Tondern sahen mit trübem Gesichtern am Frühlichtstädt. Sie hatten seit langer Zeit keine Nachricht von ihrem Sohne und befanden sich in großer Sorge um ihn.

Von seiner ersten leichten Verwundung hatten sie durch Heinz erst erfahren, als er schon wieder gesund und zu seinem Regiment an die Front zurückgekehrt war. Da hatte Heinz nur von einer leichten Schramme geschrieben. Geldem aber war die Angst und Sorge der alten Herrschaften um ihren Einzigen noch höher gestiegen. Sie sahen ihn im Geiste ständig von tausend Gefahren bedroht.

Mit großer Unruhe harreten sie täglich auf das Eintreffen der Post. Auch heute hatten sie wieder bergedäch auf Nachricht gewartet. Es war kein Lebenszeichen von ihm gekommen.

„Wir ist so schwer uns Herz, als sei unserm Heinz ein Unheil widerfahren“, seufzte Frau von Tondern und strich sich mit der zitternden Hand das in letzter Zeit fast wech gewordene Haar aus der Stirn.

Seufzend erhob sich Herr von Tondern, um sich in die Fabrik zu begeben. Dort mußte doppelt eifrig gearbeitet werden. Der Krieg stellte große Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Hauses, zumal viel tüchtige, bewährte Leute, die von ungenügenden Kräften ersetzt werden mußten, im Kriege waren. Da hielt es für Herrn von Tondern doppelt auf dem Posten sein.

Somit hatte der alte Herr stets seine Freude daran gehabt, wenn der Betrieb so flott ging. Er hatte mit Lust und Liebe gearbeitet, und sich gefreut, daß er einst seinem Sohne ein herrliches Lebenswerk hinterlassen konnte.

Jetzt freute es ihn nicht so recht. Immer wieder fragte er sich: „Werden die Früchte meines Fleißes auch wirklich deinem Sohne zugute kommen? Wird er heil und gesund wiederkommen und dein Lebenswerk fortführen können?“

Der alte Herr wollte sich freuen von seiner Gattin verabshieden, als es die Dir schlopfte und das Zimmermädchen ein Telegramm brachte.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Ein neuer französischer Rechtsbruch. Die französische Besatzungsbehörde hat die Londoner Abmachungen, wonach mit dem 31. Dezember der Ausbau der Eisenbahnen...

80 000 Mark Diensgelder unterschlagen. Dortmund, 18. Januar. Auf dem Bahnh. Dortmund-Süd hat der Eisenbahngüterverwalter...

Keine Einigung zwischen dem bayerischen Kronprinzen und Lubendorff.

München, 18. Januar. Wie die „Telegraphen-Union“ hört, haben die Schritte, die General Lubendorff unternommen hat, um den Konflikt mit dem bayerischen Kronprinzen...

Drei Fischer Opfer eines Wirbelsturms. Königsberg, 18. Januar. Drei Fischer vom Frischen Daff, die mit dem Wischen eines Mühlenrades beschäftigt waren...

Zur Neuwahl des Generallandschaftsdirektors von Preußen.

Königsberg, 18. Januar. Bei der Wahl des neuen Generallandschaftsdirektors erhielt Freiherr von Gahl die Mehrheit der Stimmen.

In den deutsch-litauischen Verhandlungen.

Kemel, 18. Januar. Wie der „Memelländische Pressebericht“ erfährt, nehmen die Verhandlungen zwischen Deutschland und Litauen einen guten Verlauf.

Beziehung von fünf Opfern von Herne.

Herne, 18. Januar. Auf dem Kommunalfriedhof in Herne fand die Beisetzung von fünf Opfern des Eisenbahnunglücks...

Torbodoat 6 7 in Stettin.

Stettin, 18. Januar. In Stettin traf das Torbedoat 6 7 mit dem Befehlshaber der letzten Seestreitkräfte der Dflsee...

Berlin. Dem Reichstag sind Arzth. Nimm (Dnt.) zugegangen, die ein Theatergeleit, sowie Gesetze fordern, die die Jugend gegen stittliche und geistliche Verwahrlosung...

Berlin. Wie die Reichstagsaktion der Bayerischen Volkspartei der Telegraphen-Union mittelst, entspricht die Meldung, daß die Faktion der Sozialminister...

München. Der ehemalige Landesvorsitzende des bayerischen Zentrums, Heller, hat jetzt eine selbständige christlich-sozialistische Partei in Bayern gegründet...

Auslands-Rundschau.

Belgien: Neue Schandurteile.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat das Kriegsgericht in Namur Abwesenheitsurteile gefällt. Der Major Heine vom 8. Infanterieregiment...

Paris. Auf Beschluß des Ministerrats wurde General Rollin zum kommandierenden General des 30. Armeekorps der Rheinarmee...

Paris. Der Ministerrat hat die Bildung eines nationalen Wirtschaftsrates beschlossen. Der Rat wird aus 47 Mitgliedern bestehen...

Paris. Die rumänische Regierung hat durch ihren Pariser Botschafter beim Auswärtigen Amt einen förmlichen Protest gegen die geplante Auslieferung der Dampfgeschliffe an Sowjetrußland...

Paris. Aus Washington wird gemeldet, daß Präsident Coolidge dem Handelssekretär Hoover das Secretariat für Landwirtschaft angeboten hat...

Ubergabe der neuen französischen Gegenanträge.

Paris, 18. Januar. Handelsminister Raynaldi hat der deutschen Wirtschaftsdelegation die schriftliche Fassung seiner Vorschläge zustellen lassen.

Das italienische Wahlgesetz angenommen.

Rom, 18. Januar. Die Kammer hat das Wahlgesetz in erster Lesung angenommen. 307 Abgeordnete stimmten mit ja, 33 mit nein.

Notierung der Mark in Brüssel.

Brüssel 18. Januar. Der Finanzminister hat angeordnet, daß die deutsche Reichsmark vom kommenden Montag ab an der Börse notiert wird.

Ein englischer Dampfer von Piraten überfallen.

Newport, 18. Januar. Der englische Dampfer „Hongwa“ ist auf der Höhe von Hongkong von Piraten überfallen worden.

England: Der Anteil an der Dawes-Vente.

Der Morning Post meldet aus London, Großbritanniern werde auf Grund des Pariser Finanzabkommens von Deutschland auf Reparationskonto...

Die Richtlinien Dr. Luthers.

Justizminister Prenten.

Den Bemühungen Dr. Luthers ist es gelungen, eine Lücke in seinem Kabinett auszufüllen. Für den Posten des Justizministers ist der Oberlandesgerichtspräsident...

Der Reichsfiskus über die Regierungsbildung.

Die Ernennung des neuen Justizministers hat Dr. Luther persönlich in einer Konferenz von Pressevertretern bekannt gemacht.

Dr. Luther kam dann auf die Regierungsbildung im allgemeinen zu sprechen. Ueber die lange Dauer der Regierungskrise...

Die Ursachen hierfür sind nicht etwa irgend welche Dinge, die mit den verantwortlichen Personen zu verbinden sind. Gewiß, außerordentliche Schwierigkeiten sind vorhanden gewesen.

Der Kanzler dankte Johann dem bisherigen Reichspressechef Dr. Pieper im Namen der Reichsregierung für die in schwerer Zeit geleistete Arbeit...

Amtsbezirk Birkenwerder

Die Kriegerkameradschaft beging am Sonntag ihr übliches Winterfest im Restaurant „Japan“.

Die Kriegerkameradschaft beging am Sonntag ihr übliches Winterfest im Restaurant „Japan“. Im Vordergrund der früheren harmlosen Feste fanden sich auch bald die Kameraden mit ihren Familien...

Amtsbezirk Hohen Neuendorf

erste Vers des Deutschlandliedes. Erste und weitere Vorträge deschliefen. Eine komische Pantomime „Der Dorbarber“ löste unbeschreibliche Lachsalen.

Auf die Holzversteigerung der Oberförsterei Dranenburg am Dienstag 9 Uhr im Fromm'schen Gasthaus in Dranenburg...

Die Generalversammlung des Verein für Handel und Gewerbe findet Mittwoch abend im Gesellschaftshaus (Posthauka) statt.

Ein Wadefest in Binz, das den Rahmen für das Winterfest des Männer-Turnvereins „Freien“ bieten soll, findet am Sonnabend, den 7. Februar, im Restaurant „Japan“ statt.

Aus dem Juge geschlossen. Ein junger Mann aus Dranenburg, der gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr von Berlin nach Dranenburg fuhr, schoß wiederholt mit einem Revolver aus dem Juge...

Unsere Postabonnenten machen wir hierauf aufmerksam, daß die Beitragsträger amtlich angewiesen sind, in den Tagen vom 18. bis 21. 1. Postabonnements auf unsere Zeitung entgegenzunehmen...

Vorgsdort. Stunden der Freude waren es, die der Sport-Club am Sonnabend durch seinen Mostenball den sabbat erschienenen Mitgliedern und Gästen im Restaurant Ganshof bot.

Vorgsdort. Unfall. Der Fischer des Herrn Gastwirt Kurth hatte am Sonnabend an einem Bergknäuel teilgenommen. Als er nachts zurückkehrte, waren die Haustüren selbstverwundlich geschlossen.

Amtsbezirk Hohen Neuendorf

Auf die Gemeindevorsteher-Sitzung am heutigen Abend wird noch einmal hingewiesen.

Der Herr Landrat bestellte mit einer Kommission am Sonnabend den fälligen Devisen zur Führung des Borstenden vom Haus- und Grundbesitzerverein.

Eine dringende Notwendigkeit ist die Begräbnung der Bürgersteige. Trotz aller Wünsche und Beschwerden ist die Verbesserung noch nicht überall erfolgt.

Am Sämannsanzug des Bahnhofs herrscht immer noch fester Friede. Ueber wird der schlauchartige Zugang längst der Bahn hergestellt...

Der Männer-Turnverein hielt am letzten Sonnabend seine Jahresversammlung ab. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Archt. D. Kleffner wiedergewählt.

Der Saug im Fichtenhain ist dabei, sich ein Orchester zu bilden. Das ist ein neuer Beweis für die Vitalität, die den Verein seit Jahren schon kennzeichnet.

Ein Denkmal für gefallene märkische Sänger. In seiner letzten Sitzung hat der Märkische Sängerbund beschloßen, zu Ehren seiner im Weltkrieg gefallenen Sängersbrüder ein Denkmal zu errichten.

Die Jugende Kinderballons. Das schöne Spielzeug, welches die Erwachsenen so gern den Kindern mitbringen, hat in letzter Zeit einige sehr ernste Unfälle hervorgerufen.

Frohnau.

Zwei Einbrüche wurden in der letzten Nacht verübt. Bei dem Gärtner Kreisler waren im Neben mehrere Käse in die Hände. Ueber einen zweiten Einbruch in den Heindüchen...

Aus der letzten Sitzung des Grundbesitzervereins Frohnau, e. V. Der Vorsitzende, Herr Rubert, teilte mit, daß die Sammlung für die freiwillige Feuerweh, die allerdings noch nicht abgeschlossen ist, bereits 1800 Mk. ergeben hat.

